

Beantwortung Fragen Niederrheinappell

1) Sieht Ihre Partei das Problem einer Überbelastung der Region Niederrhein durch den Kiesabbau und schwerwiegende Konflikte mit anderen Interessen?

Ja. Daher besteht im Kreis Kleve auch schon lange ein Auskiesungsmoratorium.

2) Wie wollen Sie der Gefahr einer einseitigen naturräumlichen Überbelastung entgegenwirken? Wie können die Flächenausdehnungen begrenzt werden?

- *Nachauskiesung in die Tiefe bereits bestehender Auskiesungsflächen,*
- *Nutzung minderwertiger Flächen etwa im Deichvorland zum besseren Schutz des Hinterlandes; hier kommt es auf Kooperation etwa mit Umweltverbänden an, da oft Flächenbeschränkungen bestehen,*
- *Erhöhung der Anteile von alternativen Baustoffen und von Recycling-Material,*
- *Abgrabungskonferenzen zwecks Koordination der Aktivitäten und Einbindung aller Beteiligten.*

3) Halten Sie daher eine planmäßige jährliche Reduzierung der Kiesabbau-Mengen (z.B. 5 %) für notwendig?

Nein.

4) Wollen Sie sich gegen die in der Landesplanung festgeschriebene Verlängerung der Versorgungszeiträume auf von 20 auf 25 Jahre einsetzen?

Nein, da fünf Jahre +/- in der Realität bei Kies/Sand de facto irrelevant sind.

5) An welchen Zahlen soll sich die Bedarfsermittlung orientieren und wie wollen Sie sicherstellen, dass diese Zahlen aus neutraler Hand zur Verfügung stehen?

Die derzeitige Bedarfsermittlung ist ein Festlegung aus Zeiten der Rot-Grünen Landesregierung in NRW, die beibehalten wurde.

6) Halten Sie die Einbeziehung des Exports in die Mengenermittlung für richtig?

Deutschland ist eine Exportnation – nicht nur, aber auch bei Rohstoffen. Protektionismus holt einen immer ein; das darf man als Exportnation nie vergessen, da man sonst Arbeitsplätze gefährdet.

7) Wie stehen Sie zur Einführung einer Kies-Abgabe? Welche Gründe sind für Sie ausschlaggebend?

a) Wie stellen Sie sicher, dass ein finanzieller Ausgleich für Folgenutzungen erfolgt?

Erfolgt doch schon seit langem. Das regeln Kommunen mit Unternehmen vor Ort.

b) Welchen Einfluss auf den Preismechanismus schlagen Sie vor, um alternative Verfahren gegenüber dem Einsatz von Primärrohstoffen wie Kies und Sand für die Wirtschaft und Behörden interessanter zu machen?

Preismechanismen regelt der Markt, nicht Politik, die Parameter via Planungs- u. Bauproduktrecht setzt.

c) Welche Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung alternativer Baustoffe gehen Sie an?

Es laufen doch schon z.B. seitens der entsprechenden Verbände Forschungstätigkeiten. Sobald Qualitätsvorgaben aus EU-Normen und Bauproduktrecht erfüllt werden und Kosten/Preis stimmen, werden alternative Baustoffe auch mehr eingesetzt.

8) Bisher wurden auf das jeweilige Abgrabungsgebiet begrenzte hydrogeologische Untersuchungen durchgeführt. Unterstützen Sie demgegenüber hydrogeologische Gutachten für größere Bereiche auch kreisübergreifend zur Klärung des komplexen Wasserhaushaltes am Niederrhein vor dem Hintergrund zunehmender Eingriffe durch den Kiesabbau und drohender Hochwassersituationen bei Starkregen?

Das muss von Fall zu Fall geprüft werden, da oft "alte" Genehmigungen zu neuen Beantragungen führen. Hier gibt es unterschiedliche planungsrechtliche Statusse wegen Überschneidung/Nachbarschaft von RVR-Gebiet und Bereich Bezirksregierung Düsseldorf.

Besonders schützenswerte Zonen (Tabuzonen)

9) Unterstützen Sie Tabuzonen als Ziel der Landespolitik in folgenden Fällen:

a) Wassereinzugs- und -reservegebiete?

Das ist im Einzelfall zu prüfen, nicht pauschal zu beantworten; dafür gibt es Regionalpläne.

b) Beziehen Sie dabei ausdrücklich Wasserschutzgebiete III B mit ein?

Das ist im Einzelfall zu prüfen, nicht pauschal zu beantworten; dafür gibt es Regionalpläne.

c) Gebiete zum Schutz von Natur und Landschaft, FFH- und EU-Vogelschutzgebiete?

Das ist im Einzelfall zu prüfen, nicht pauschal zu beantworten; dafür gibt es Regionalpläne.

d) Ackerflächen mit einer natürlichen Bodengüte von mehr als 80 Punkten?

Hier stehen die verkaufswilligen Eigentümer in der Verantwortung.

e) kulturhistorisch wertvolle Landschaften?

Das ist im Einzelfall zu prüfen, nicht pauschal zu beantworten; dafür gibt es Regionalpläne.

Risiko minimierende Maßnahmen und Wiederherstellung

10) Wie stellen Sie sich beim Verlust landwirtschaftlicher Flächen die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln ohne eine Steigerung der Importe vor, die mit zusätzlichen Umweltbelastungen und zusätzlichen Abhängigkeiten verbunden wären?

Deutschland produziert z.B. mehr Milch, Getreide und Fleisch, als es selber konsumiert. Die Versorgung der Bevölkerung ist also nicht in Gefahr. In der Stringenz dieser Suggestiv-Frage müssten dann auch Importe etwa von Südfrüchten und Mobiltelefonen verboten werden, da auch mit deren Einfuhr Umweltbelastungen und Abhängigkeiten verbunden sind.

11) Wie wollen Sie die Standards einer qualitätvollen nachhaltigen Wiederherstellung/ Re-kultivierung sicherstellen und wer soll sie bezahlen und kontrollieren?

"Wiederherstellungen" durch Verfüllungen mit entsprechenden Bodenklassen sind illusorisch. Es gibt auch keine "Rekultivierung", weil es gar kein "RE" gibt – Wasserfläche ist und bleibt Wasserfläche.

Alternativen zum Kiesabbau.

12) Welche Alternativen bei der Substitution der Primärrohstoffe und Änderung der Bauverfahren werden Sie fördern, um eine Reduzierung benötigter Kies- und Sandmengen zu erreichen?

Unternehmen forschen und setzen entsprechende EN schon um; die Menschen können heute etwa beim Hausbau auf andere Werkstoffe zurückgreifen und tun dies vermehrt auch schon.

13) Unterstützen Sie den bevorzugten Einsatz von Recyclingmaterial? Wie wollen Sie im öffentlichen Bereich eine Erhöhung dieses Einsatzes fördern?

Das läuft schon; Qualitätsvorgaben via Produktzertifikaten müssen aber etwa wegen sonst drohender Regressansprüche und Güteproblemen erfüllt werden.

14) Welche Ansätze verfolgen Sie, um die Genehmigungsverfahren en im Bereich Baustoffrecycling zu vereinfachen und zu beschleunigen?

Dies ist ein primär europa- und bundespolitisch zu regelnder Themenkomplex. Die Landesbauordnung besitzt nicht die Regelungstiefe, verweist auf europäisches Bauproduktrecht und vollzieht dieses nach.